



Bestellungspreis: Vierteljährlich 2 Thlr., außer Post-
Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Einmalige Anfertigung für den Raum einer
Mittelzeile in der Zeitungs-Druckerei 1/2 Sgr.

Expedition: Kreuzstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 244. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 29. Mai 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wesib, 28. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtages beantwortete Anton Zichy in energischer Weise eine friedliche Ausgleichung. Der herrschende Pessimismus erschwere die glückliche Lösung. Das Oktoberdiplom sei zwar keine Verfassung Ungarns, aber für die Länder jenseits der Leitha ein Uebergang zum constitutionellen Leben. Es sei nicht einzusehen, warum man die Absicht des Kaisers, constitutionell zu regieren, bezweifle.

Von der polnischen Grenze, 28. Mai. Der Kaiser von Rußland hat vor seiner Abreise nach Moskau die Reform-Gesetze für das Königreich Polen unterzeichnet. — In Warschau erwartete man am 30. d. die Veröffentlichung der Freilassung der politischen Gefangenen und die Eröffnung des Theaters. Gestern hat in der heil. Kreuzkirche ein Trauergottesdienst für Teleky stattgefunden, bei welchem sich ein zahlreiches Publikum betheiligt hat.

Turin, 27. Mai, Abends. Ein aus Neapel eingegangenes Telegramm vom heutigen Tage meldet, daß gelegentlich des Jahrmärkts eine bewaffnete Bande des Morgens früh in der Vorstadt von Sorra, Provinz Terra di Lavoro, erschienen sei und die Stadt mit einem Einbrüche bedroht habe. Nach 3 Stunden hatten die Nationalgarde und die Truppen die Bande zurückgeschlagen. Das Feuer dauerte Mittags noch fort.

Turin, 26. Mai. Das italienische Heer wird mit dem 1. Juni auf vollen Friedensfuß gesetzt. Mehrere Bischöfe haben die Bewilligung am Nationalfest abgelehnt, man fürchte daher in mehreren Städten Unruhen. Die Desertionen in der Armee nehmen außerordentlich überhand; gestern wurden 30 Mann festgenommen, die über den Mincio gehen wollten. (A. J.)
Paris, 27. Mai. Wie der „Moniteur“ meldet, hat Admiral Charner am 14. April die Stadt Mitto in Cochinchina besetzt. — Die französischen Truppen stehen am 28. Mai in Beirut zur Einschiffung bereit. Admiral Tzan wird mit 7 Schiffen vor Beirut bleiben. — Dem Vernehmen nach steht demnächst die förmliche Anerkennung des Königreichs Italien bevor, und zwar durch ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers an Victor Emanuel.

Preußen.

Landtag.

K. C. 58. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 28. Mai. Präsident Simson eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr vor zahlreich besetztem Hause.

Am Ministertische: v. Patow, v. Noon und zwei Commissare des Kriegsministeriums.

Die Tribünen sind wieder zahlreich besetzt. Fortsetzung der gestrigen Debatte. Ein Amendement Binde zu dem Amendement Kühne auf Abhebung einer Million von den Regierungs-Forderungen und Bewilligung des Restes in folle, wird ausreißend unterstützt.

Abg. Dr. Fall: Er möchte dem entgegengetreten, was der Abg. Waldeck gestern über die Landwehr geäußert; er glaube nicht — gestützt auf militärische Autoritäten — daß die Offiziere der Landwehr heute noch dasselbe leisteten wie 1815. Alle seien darin einig, daß es in der Landwehr nicht so bleiben könne, wie es sei. Die Landwehr müsse jetzt immer eingezogen werden, wenn es eine Mobilisation gelte; eine Aenderung hierin sei unabwendlich. Er erkenne den Patriotismus des Abg. Waldeck an, aber „auch wir haben Patriotismus“. Der Vorwurf, daß das Ministerium seinem Programm untreu geworden, sei unbegründet. — Er habe schon in der Commission für das Extraordinarium gestimmt. Bei aller Anerkennung für die Armee glaube er doch, daß es neben ihr noch gleichberechtigte Faktoren im Staatsleben gebe; beifällig wolle er die Hoffnung aussprechen, daß der Kriegsminister dafür sorgen werde, daß der Jugendmuth der Krieger nicht in Uebermuth ausarte. Wenn man die Verjüngung vor einem Deficit habe, so bleibe dasselbe dann auch im Ordinarium wie im Extraordinarium. — Bei einem Excurs auf das politische Gebiet tritt der Redner der Behauptung des Abg. Wagener entgegen, daß der Nationalverein nur negativ; es liege in dem Bereich ein guter Kern. Auf die bezüglichlichen Behauptungen des Abg. Wagener sei das Sachverhalte des Hauses die einzig richtige, schlagende Antwort gewesen. (Sehr richtig!) — Es falle ihm und seinen Freunden nicht im geringsten ein, der Armee im geringsten zu nahe zu treten, aber die Armee werde nicht organisiert um ihrer selbst willen, sondern um des Landes willen. — Er habe gestern Gelegenheit gehabt, mit einem Freunde des Abg. Wagener zu sprechen und gehört, wenn es ihm (Redner) und seinen Freunden Ernst damit sei, nur das Extraordinarium zu bewilligen, so würden sie gegen Alles stimmen. Was dem zu Grunde liege, sei klar; es sei gegen die Regierung gemütht. Nun, die Folgen würden die Herren zu tragen haben. (Lachen in der Fraction Mandenburg.) Die Herren lämen dadurch eben so zur Negative wie der Abg. Waldeck und dessen Freunde. Aber ihm seien die Vexationen lieber; sie (Waldeck u. Gen.) sagen die Wahrheit, jene aber (Unterbrechung links), lassen Sie mich ruhig ausreden — seien inconsequent. Die Herren Waldeck und Gen. stimmten so, wie sie nach ihren prinzipiellen Anschauungen stimmen mußten, während die Conservativen in dem Pessimismus verfallen. Wenn ein Conflict komme, so habe er seinen Ursprung in dem eventuellen negirenden Votum der Conservativen, die von dem Grundsatze ausgingen: Biegen oder Brechen. Er stehe mit seinen Freunden auf dem Boden der Verfassung. Kein Mensch im Lande bezweifle, daß der König das erste Wort zu reden habe, wie er sein Heer aufgestellt. Grundlage errichten wolle; aber Niemand bezweifle auch das Recht des Abg.-Hauses, über die Mittel zu verfügen. Der König selber, den die Conservativen „obersten Kriegsherrn“ nennen, erkenne das zuerst an. Er kenne nur den König, der die Verfassung beschworen und auf dem Boden derselben stehe; er könne ihn sich nicht zerlegen in zwei: der „oberste Kriegsherr“ sei eine Erfindung der Herren Wagener und Gen., dunkel, unbestimmt. Man wolle ihm und seinen Freunden bange machen, wie das schon bei der Redebehalte versucht worden, aber er lache. Du sollst den Namen deines Königs nicht unnützlich führen. (Murren und Heiterkeit links.) — Die noch übrigen wenigen Schlüsselsätze der Rede verfallen in dem Geräusche links.)

Am Ministertische sind Fürst Hohenzollern, v. Auerswald, Graf v. Schwerin erschienen. — In der Hofloge der Kronprinz.

Finanzminister v. Patow: Ich kann mich mit dem, was der Vorredner zur Motivierung seiner Ansicht gesagt hat, fast überall einverstanden erklären. Ich hätte aber gewünscht, daß er von dieser Ansicht aus zu einer anderen Conclusion gekommen wäre, nämlich zu der, die Forderungen der Regierung in der vorgeschlagenen Art zu bewilligen. Jedenfalls bin ich ihm dafür dankbar, daß er es mir leicht gemacht hat, auf Aeußerungen, welche in der gestrigen Sitzung gemacht sind, zurückzukommen. Der Abg. Wagener hat ausgesprochen, daß er für die Vorlage der Regierung stimmen würde. Der Regierung kann diese Unterstützung gewiß nur willkommen sein; sie muß sich aber gegen die Anschauungen und Erklärungen des Abg. verhalten (Bravo rechts). Die Staatsregierung verkennt nicht, daß die Rechte der Krone zu wahren hat, sie verkennt aber auch eben so wenig, daß sie die Rechte des Hauses zu achten und anzuerkennen hat, daß sie das Recht des Hauses, die Geldmittel zu bewilligen oder zu verweigern, nicht bestreiten kann (Bravo), und daß das Haus insofern auch einen Einfluß auf die Beschlässe hat, die vom obersten Kriegsherrn gefaßt werden. Es läßt sich nicht verstehen, daß diese Rechte sich berühren, daß sie collidiren können. Die Staatsregierung ist aber nicht der Ansicht, daß im Falle einer Collision dieser Rechte, nur das Mittel des Staatsstreichs möglich ist (Bravo); sie ist der Ansicht, daß die Mittel zur Ausgleichung nicht neben der Verfassung, sondern in der Verfassung zu suchen sind (Bravo). Die Staatsregierung giebt sich aber dem Vertrauen hin, daß der Fall der Collision nicht eintreten wird; sie geht davon aus, daß die Meinungsverschiedenheit, welche zwischen der Majorität dieses Hauses und dem Ministerium bestehen kann, nicht so tief

einschneidend ist; sie geht davon aus, daß die Majorität dieses Hauses in dem großen Gedanken der Umgestaltung des Heerwesens mit der Regierung übereinstimmt und in dem Bestreben, die Ehre und Würde der Krone und die Sicherheit des Landes zu wahren. Sind wir in diesem Bestreben einig, dann wird sich auch in der vorliegenden Frage ein Einigungspunkt finden lassen. (Bravo.)

Abg. Schulze (Berlin): Nach der bisherigen Debatte kann von einer Verschiebung der Frage in dem Sinne, wie es mehrere Redner gestern versucht haben, nicht mehr die Rede sein. Es handelt sich nicht mehr um eine Dauer der Kriegsbereitschaft, um vorübergehende Maßregeln, sondern um eine dauernde Reorganisation, um eine bleibende Vermehrung der Armee im Friedensstande. Ich weiß dem Kriegsminister Dank, daß er darüber jede etwa noch vorhandene Illusion gestört hat. Man hat gestern Auftrufe an unsern Patriotismus erlassen, als ob der Krieg schon an unsern Grenzen wäre. Wäre dies wirklich der Fall, dann allerdings würde von keinem Feilschen und Markten um einzelne Positionen mehr die Rede sein; es gäbe nur eine Partei im Hause. Aber dann würde auch die Regierung an keine neue Organisation denken können, sondern einfach das Vorhandene benutzen und zur Vertheidigung des Vaterlandes benutzen müssen, wie 1859. Jetzt aber stellt der Patriotismus andere Forderungen an uns als unbedingte Bewilligung; er fordert die ernste und sorgfältigste Prüfung der Regierungsvorlagen. Die Gefahr eines Krieges kann allerdings über kurz oder lang an uns heranreten; der getriebenen politischen Lage Europa's nach ist dies sogar wahrscheinlich. Unsern Standpunkt hat Ihnen nun das Abg. Hoyerbed bereits klar dargelegt. Zunächst handelt es sich um das Gesehle der Maßregeln: wir wollen die Verwendung eines im v. J. zu provisorischen Zwecken bewilligten Credits zu dauernden Zwecken verweigern. Der Finanzminister hat in einer weitgehenden Debatte allerdings nachzusehen versucht, und der Abg. v. Berg ist dennoch weiter gegangen, daß die Mittel für eine dauernde Organisation schon im v. J. bewilligt seien. Der Abg. v. Berg namentlich hat behauptet, der Credit sei im v. J. provisorisch, die Maßregeln selbst als dauernd angesehen worden. Dann steht aber entgegen, daß das Wort „einstweilen“ nicht bei der Bewilligung, sondern bei der Maßregel steht, und nicht die Regierungsvorlage hat das so gesagt, sondern die Commission, welche so jeder Mißdeutung vorbeugen wollte. Die Differenz zwischen der Regierung und der Majorität des Hauses bestand darin, daß jene eine Umwandlung des Landwehrsystems und der dreijährigen Dienstzeit, diese aber die Beibehaltung des Landwehrsystems und zweijähriger Dienstzeit wollte. Die Regierung zog dem voraussetzlichen Widerstande gegenüber ihre Vorlage zurück und forderte einen provisorischen Credit zu einer einseitigen Organisation mit dauernden Tendenzen. Darüber darf man sich keiner Täuschung mehr hingeben, daß alles bereits vorbereitet ist, um die Reorganisation zu vollenden, und wir, die Freunde des Landwehrsystems, befürchten daher nicht ohne Grund, daß bei einer weiteren Verfolgung des Systems unsere Landwehr gefährdet werde, und daß die künftige Volksvertretung freie Hand mehr haben wird. Man könnte aber über diese Bedenken noch hinweg gehen, wenn durch die Reorganisation der Streitbarkeit und Wahrhaftigkeit des Heeres wirklich vermehrt würde. Ohne auf die von kompetenter Seite erörterten Fragen weiter einzugehen, erinnere ich nur an die königlichen Worte Friedrich Wilhelms III., welche den Eingang zu der Verordnung, die dem Landwehrsystem als Basis dient, bilden, und in welchen er die Hingebung, den Eifer, die bewährte Ausdauer und Kampfesfreudigkeit der Landwehr rühmt und sein Vertrauen auf ihre Entwicklungsfähigkeit und fernere Bewahrung ausdrückt. Wir nun wollen dieses Vertrauensvotum Friedrich Wilhelms III. nicht antauchen lassen, nicht die Erinnerungen an die größten Tage unserer Geschichte. Es genügt nicht, ein bewaffnetes Volk zu haben, um dem Feinde kräftig zu widerstehen; damit dieses Volk freudig Gut und Blut für das Vaterland hingebe, ist es nötig, daß von der Regierung auch stets die Bänne eingehalten werden, welche die innige Verbindung zwischen Volk und Regierung herstellen und festigen.

Man sagt zwar, die Landwehr habe sich nicht bewährt, nicht weiter entwickelt, das mag in dieser und jener Hinsicht der Fall sein; nun so entwickle man sie, wende die technischen Fortschritte auch auf die Landwehr an. Auch bei der Landwehr ist ein Fortschritt möglich. Würde aber durch die Reorganisation auch wirklich eine größere Streitbarkeit und Wehrhaftigkeit erzielt, was nützte es uns, wenn unsere Finanzen ruiniert würden. Dann würden wir den Krieg nicht führen können. Zum Krieg gehört vor Allem Geld. Daß aber ohnehin die Steuerkräfte in ungenüßlichem Maße angepannt sind und so drückend auf dem Lande lasten, je gedrückt bei der ungewissen politischen Lage die Verhältnisse sind, ist bekannt. Die uns darlegten Deductionsmittel kann ich als sichere nicht betrachten. Die Rechnung basiert auf ganz ungewissen Ausichten; sie setzt eine Steigerung der Einnahmen in einem Augenblicke voraus, wo eine Masse produktiver Kräfte dem Lande entzogen, eine bedeutende Anzahl Producenten in Consumenten verwandelt, wo viele Mill. Thaler dem produktiven Kapital entzogen werden und von der Regierung selbst die Ansicht auf nahe Kriege eröffnet ist. Vom staats- und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus muß man aber sagen, daß nicht eine Steigerung, sondern eine Verminderung der Einnahmen in Aussicht steht. Wir werden also von Anleihen leben müssen; ja, nach einer schon gemachten Berechnung werden wir, bis die in Aussicht genommenen Abgaben flüssig geworden sind, aus dem Staatschatz Millionen zuschießen müssen. Die Annahme also würde ein bleibendes und wachsendes Deficit im Gefolge haben. Die nachfolgende Landesvertretung aber würde gebrems sein. Ehe der Krieg käme, würden dann durch die permanente Kriegsbereitschaft alle Mittel erschöpft sein, um den Krieg zu führen.

Ich wende mich nun gegen die Abgeordneten Wagener und Reichenperger zugleich, da ja eine sehr innige Verbindung zwischen ihnen zu bestehen scheint (Heiterkeit). Der Abg. Wagener hat mit seinem gewohnten Humor den Nationalverein als ein Werkzeug Louis Napoleons verdächtigt. Ich halte allerdings den französischen Kaiser für den bedeutendsten und gefährlichsten Gegner. In seinen sattem bekannten Eigenschaften aber liegt es, daß er die Bedeutung einer tiefgehenden nationalen Bewegung wohl zu würdigen weiß und vor einer solchen eher zurückweichen wird, als vor einer geschulten Armee. Es ist aber den Herren auch nicht um den Verein zu thun, sondern um die mächtige Strömung, aus der hervorgegangen, und weil ihnen diese begrifflicher Weise widerwärtig ist, richten sie ihre Angriffe auf die Personen. Ein eigenthümliches Motiv hat man gegen den Nationalverein angeführt: Er wolle die deutsche Einheit, welche die deutschen Fürsten und der Bundestag 50 Jahre lang vergeblich erstrebt, erzielen. (Heiterkeit). Das aber ist ja eben der Gedanke des Nationalvereins, daß das deutsche Volk selbst seine Interessen in die Hände nehme, um, was der Bundestag und die Fürsten 50 Jahre vergebens erstrebt, zu erreichen. Ich danke dem Abgeordneten für seine Vertheidigung des Nationalvereins wider seinen Willen. Das Ziel des Vereins liegt klar vor Augen; es ist fest und bestimmt. Der Abg. Wagener hat sich nicht überlegt, wenn er den Verein in der angeführten Weise verdächtigt hat, wenn er sagt, daß ein Verein, der als deutsches Banner die Führerschaft Preußens aufstellt, der Preußen die Hegemonie in Deutschland übertragen, der unsern König zum deutschen Kaiser machen will — wenn er diesen Verein der Conspiration mit Frankreich verdächtigt (Heiterkeit; Bravo). — Der Abg. Wagener hat ferner des außerordentlichen Opfers, das seine Partei durch Annahme der Grundsteuer gebracht, erwähnt; wenn man dies hört, möchte man denken, daß von einer Entschädigung gar nicht die Rede gewesen sei (Bravo! Heiterkeit).

Diese Frage, die diesmal mit solcher Bestimmtheit in das Haus tritt, ist nur Provisorien nach oben und nach unten, ob und in wie weit das constitutionelle System Wurzel gefaßt habe. Nach den Erklärungen des Finanzministers auf die Staatsstreichvorwürfen des Abg. Wagener begnüge ich mich mit der Erwartung, daß die Thaten den Worten gleichen werden. Ich wende mich schließlich an diejenigen, die mit uns das Landwehrsystem beibehalten und die zweijährige Dienstzeit haben wollen. Sie haben im vorigen Jahre die Vorlage mit großer Genauigkeit und Pflichttreue geprüft und glauben durch Herbeiführung eines Interimistitums allen Anforderungen genügen zu können. Nach den Erklärungen der Regierung kann man sich darüber nicht täuschen, daß von einem Interimistitum nicht mehr die Rede sein kann, daß es sich um eine dauernde Organisation handelt, und daß wir mit einer interimistischen Bewilligung nicht die Wirkung erlangen, die man noch im vorigen Jahre hoffen konnte, daß nämlich die Regierung ein Gesetz in ihrem und unserem Sinne vorlegen würde. Entweder Sie sind einverstanden mit der Reorganisation, und dann müssen Sie die Mittel

dazu bewilligen, oder Sie sind nicht einverstanden, und dann dürfen Sie es nicht. Ein Drittes wäre Selbsttäuschung. Eine Beschwichigung durch einen Mittelweg würde weder uns, noch dem Lande, noch der Regierung Genugthuung verschaffen. Wenn Sie eine Gesetzesvorlage, wie Sie eine solche mit uns wünschen, von der Regierung erlangen wollen, dann stimmen Sie mit uns gegen die Bewilligung. (Bravo.)

Abg. Hefeler: Er bedauere, daß er in dieser Frage von der Ansicht seiner politischen Freunde abweiche; dies sei natürlich für ihn ein Grund, die Sache doppelt zu prüfen. In einer so wichtigen Frage könne er nur nach seiner Ueberzeugung stimmen, ohne Rücksicht darauf, welche Genossen er entbehere und mit welchen er stimme. Die Kosten der Reorganisation können aufgebracht werden entweder durch einen außerordentlichen Credit oder durch Bewilligung im Budget; beide Wege seien nicht so verschieden, denn auch das ordentliche Budget werde nur auf ein Jahr bewilligt. Abg. Wagener habe bei seiner Ausführung über diese Frage eine außerordentliche Unkenntnis an den Tag gelegt, denn er habe der Landesvertretung das Recht der Bewilligung in dieser Angelegenheit bestritten. In jedem Landtage und in jeder ständischen Versammlung sei das Bewilligungsrecht in Bezug auf die Augmentation des Heeres zur Ausführung gebracht; die Rede des Abgeordneten habe einen krassen Machiavellismus gezeigt. — Es seien Zweifel ausgesprochen, daß die Reorganisation mit aller Consequenz durchgeführt werden könne, und es frage sich, ob trotzdem die Bewilligung eintreten könne. Wenn wirklich die gesetzliche Grundlage an und für sich fehle und für die Einrichtung auch nicht alle Consequenzen gemacht seien, so würden nichts desto weniger die Positionen in das Budget aufgenommen werden können. Die Uebung des Hauses könne dagegen keinen Zweifel aufkommen lassen, es sei in früheren Fällen ebenfalls geschehen. Er sei deshalb nicht in der Lage, die Forderung der Regierung zurückzuweisen, sondern für eine Bewilligung im Ordinarium des Budgets. Sollte das Haus dem nicht zustimmen, so werde er für das Extraordinarium stimmen und sich auch event. dem Amendement Kühne (Berlin) anschließen. Er könne sich jedoch den schweren Bedenken nicht verschließen, welche durch die Vorlage hervorgerufen würden; zuerst die Befürchtung, daß die Landwehr nicht so garantiert und anerkannt würde, wie er es für Preußen für nötig halte. Indessen müsse er hier hervorheben, daß die Sache in dieser Beziehung jetzt anders liege, als im vorigen Jahre, denn der Kriegsminister habe in der Commission erklärt, daß die frühere Ansicht der Regierung in Bezug auf die Landwehr nicht mehr existire, und diese Erklärung sollte man ganz entschieden escomptiren. — Er halte die Schilberung von dem Nothstande im Lande entschieden für übertrieben, und wäre sie begründet, so würde er Anstand nehmen, sie an die große Glocke zu hängen (sehr richtig). Zu dem Mittel der Nichtbewilligung könne er nicht schreiten. Wenn es die Aufgabe der Staatsregierung sei, für die Sicherheit des Landes zu sorgen, und die Aufgabe der Landesvertretung, ein Maß anzulegen für die Bewilligung, so sei es doch auch Aufgabe der letzteren, für die Wehrkraft des Landes zu sorgen, so weit sie könne. Wenn die Staatsregierung nur verpflichtet sei, möglichst sparsam zu sein, so habe er das Vertrauen, daß dieselbe eine kürzere Dienstzeit eintreten lassen werde, wenn dies möglich sei, und dann würden auch die Kosten sich verringern.

Man habe auf die Alliancen hingewiesen. Es sei richtig, daß wir nur gesucht würden, wenn wir gehörig kriegsbereit seien. Wenn Oesterreich erst darauf verzichte, mit seinen außerdeutschen Staaten in Deutschland einzutreten, wenn Oesterreich einsehe, daß das geeinigte Deutschland das einzige Mittel sei, seine gesicherte Existenz möglich zu machen, so sei es unser Bundesgenosse; so lange dies aber nicht sei, so sei Oesterreich immer nur ein unzuverlässiger Bundesgenosse. Er halte die Zeit auch nicht für zu weit entfernt, daß eine Constatierung Deutschlands und wenigstens eine Durchführung des Gedankens der preussischen Führung in gemeinsamen deutschen Militär-Angelegenheiten, eine Wahrheit werde, wenn auch die deutschen Höfe diesem Gedanken feind seien. Diese Feindseligkeit aber koste ihren Ländern sehr viel (sehr richtig), und diese hätten dabei das Bewußtsein, daß ihre Opfer für egoistische Zwecke und nicht für nationale gefordert werden. (Bravo.) Man werde endlich wohl einsehen lernen, daß die Politik der Herren v. d. Bismarck, Bunsen und Bismarck doch nicht durchgeführt werden könne. Es gehöre aber zur Durchführung dieser großen nationalen Frage nicht bloß diplomatische Geschicklichkeit, sondern auch eine glückliche Hand, Charakterstärke und Energie. Gott gebe, daß sie Preußen nicht fehle! (Bravo.) Die Minister v. Bethmann-Hollweg und v. d. Heydt sind eingetreten.

Abg. v. Kettner: Sein Amendement beziehe sich nur auf die Form, nicht auf die Höhe der Bewilligung. Durch die Bewilligung im Extraordinarium habe man der Reorganisation den Stempel des Vorübergehenden aufdrücken wollen; er aber hoffe, daß die Errichtung neuer Regimenter sich nicht werde rückgängig machen lassen; die Finanzen des Landes erlauben eine dauernde Bewilligung (wie aus den bereits bekannten Factoren: regelmäßige Erträge der Jahreseinnahme, Ueberschüsse von 1860, Einnahme von 25 pCt. Zuschlag und später der Grundsteuer, belegt wird); die Verjüngung, aus dem Staatschatz und von Anleihen leben zu müssen, sei unbegründet; die Ordnung in der Finanzverwaltung würde gefestigt werden durch Annahme der Commissions-Anträge; wie die Sache jetzt liege, seien Gelder im Militär-Etat bewilligt für Zwecke, für die sie nicht mehr verwendet werden könnten, für Regimenter z. B., die nicht mehr existirten. — Krieg koste Geld, aber auch Blut; je mehr man zur richtigen Zeit Geld spare, desto mehr Blut werde man opfern müssen. Die Landwehr habe 1813—15 nur jungen Truppen gegenüber gestanden. Der Einwand, daß das Militär-Budget alles in Anspruch nehme, sei unbegründet; für Eisenbahnen u. dgl. sei nichts verfürzt. Die Steuerlast endlich solle zu groß sein im Lande; die Hauptlasten kämen aus dem Rheinlande; immer werde es Leute geben, die über Steuerdruck klagen; der 25 pCt. Zuschlag laste nicht so schwer; man sehe nur den Luxus an in den Wohnungen, in der Bekleidung der Damen (Heiterkeit); darnach sei es noch nicht so schlimm im Lande.

Abg. v. Mandenburg: Wenn wir vom obersten Kriegsherrn sprechen, so kann es nicht fremd sein, was wir darunter meinen. Der Hr. Finanzminister sagt, daß er die Rechte der Krone und des Hauses kenne; wir werden ihn in Bezug auf das Erstere unterstützen und bedenken nicht, den Rechten des Hauses zu nahe zu treten. Wenn mein Freund Wagener gestern von einem Staatsstreich gesprochen hat, so hat er es nicht in dem Sinn gethan, wie Manche verstanden haben. Er hat gesagt, daß die Rechte zweier Faktoren auf dem Boden der Verfassung, wenn sie zum Aeußersten angespannt werden, zum Staatsstreich führen müssen; er hat aber nicht gesagt, daß ein solcher Fall jetzt vorliege. Wir sind aber, das will ich meinerseits hinzufügen, auf dem besten Wege dazu, wenn der Versuch gemacht wird, bei Selbstbewilligungen politische Zwecke zu erreichen.

Präs. Simson (den Redner unterbrechend): Ich habe die Worte des Abg. Wagener ganz in dem Sinne des Abg. v. Mandenburg verstanden. Ich weiß, daß viele wünschten, die Worte möchten nicht ohne Rüge hingegangen sein, aber Hr. Wagener hat nichts als ein staatsrechtliches und politisches Axiom ausgesprochen; man mag dasselbe für verwerflich halten, aber um es zu rügen, muß man Konsequenzen daraus ziehen, zu denen ich mich nicht für berechtigt halte. Aber die jegliche Aeußerung kann ich unumwunden ohne Rüge hingehen lassen; sie wirft der Majorität vor, daß sie bewußt aus dem Gebiet der beschworenen Verfassung herausträte. Ich hoffe, daß diese Bemerkung genügen wird.

Abg. v. Mandenburg (fortfahrend): Ich habe nicht von Intentionen gesprochen; der Abg. Schulze irrte sich, wenn er glaubt, daß der Nationalverein uns widerwärtig ist: er ist uns nur komisch. Der Nationalverein will, daß Preußen an die Spitze Deutschlands trete; das wird vielleicht in ungeschickter Weise, als beabsichtigt, in Erfüllung gehen. Wenn nämlich alle Wünsche des Nationalvereins erfüllt sein werden, dann möchte Preußen von Neuem durch seine Fährnadelgeheire in Aben und Dreden moralische Eroberungen machen. (Unwillen rechts.) — Unser Ansicht vom Budget ist eine so normale, wie sie nur von den äußersten Parteien geübt werden kann; die neue Armee ist so gut, wie die alte, beide sind vom König anerkannt, und es kann für uns nur auf die Frage ankommen, ob die Finanzkraft des Landes die Organisation gestatte. Der Vorredner hat es hinreichend bewiesen. Das Extraordinarium ist zweideutig; ich sage Ja oder Nein, niemals aber Beides zugleich. Das Extraordinarium ist eine Handhabe a deux mains; man will sich die Freiheit vorbehalten, von dem Etat nach Belieben zu streichen. Wir wollen das Definitivum, weil es von dem Königsherrn als notwendig hingestellt ist, weil wir keinen Conflict in die

Armeen bringen wollen, daß dieselbe sich zum Theil für extraordinair, zum Theil für ordinair hält (Heiterkeit). In einer Broschüre, die mir zur Hand ist, lese ich, der Zweck des Provisoriums ist, daß die Macht bei der Volksvertretung bleibe. Das ist des Pudels Kern. Wir schlagen uns mit der Regierung in ordinario, wir wollen aber nicht eventuell mit der Regierung in extraordinario Chamade schlagen. Man wähle von zwei Uebeln das kleinere; das größere wäre die Nothwendigkeit der Staatsübernahme. Versuchen Sie nicht (zur Rechten gewendet), uns einzuschüchtern; wir wissen sehr genau, daß die Art und Weise, in der wir handeln, nicht pessimistisch, sondern allerhöchste Loyalität ist. Die Bewilligung kann nur in ordinario durchgeführt werden, und wenn wir, wie gesagt, uns mit der Regierung in ordinario bis auf die letzte Extremposition schlagen, so fällt die Schuld, wenn nichts Heilfames erreicht wird, den Gegnern zu. Was geht denn jetzt durch die Welt, was bewegt alle Herzen? Was wird als die allgemeine Misere betrachtet? Die Halbheit und Schwäche. An Entschiedenheit ist kein Uebermaß vorhanden. Ich glaube das Pläster des Zeitgeistes zu verstehen, wenn ich schreibe: „Ein Mann, ein Mann, ein Königreich für einen Mann!“ (Bravo links.)

Abg. v. Vinde: Wenn man die Warnung des Vorredners vor Einschüchterung hörte, müßte man glauben, daß es sich um die wichtigste Angelegenheit von Europa handle. Das, was ich gegen den Abg. Wagener vorzubringen hatte, ist in der Hauptsache durch die energische Erklärung des Finanzministers gerührt worden; doch haben die Worte Wageners noch eine zweite Seite, die nicht ohne Bedeutung ist. Er sagte, daß die Armee, wie der edelste, so auch der empfindlichste Theil des Staates sei. — Wenn die Brämie richtig ist, so hat die Armee um so weniger Veranlassung, empfindlich zu sein. Herr Wagener hat aber hinzugefügt, daß durch unser Votum eine Lockerung der Disziplin in der Armee zu befürchten sei. Ich bedauere, daß nicht schon der Kriegsminister diesen Vorwurf zurückgewiesen hat, einen Vorwurf, wie er schwerer nicht gegen die Armee geschleudert werden kann. Die Armee ist dazu da, dem König zu gehorchen, und nicht, um Politik zu treiben (Bravo); Derjenige schmäht die Armee, der eine solche Möglichkeit nur voraussetzt, wie der Abg. Wagener (Bravo). Herr Wagener hat an den General Vort erinnert, an die gefährliche Krise von 1812, in welcher York ohne Befehl die Convention abschloß, an die sich die Rettung unseres Vaterlandes anknüpfte, und er hat dann mit einer gewissen Verwegenheit die Hoffnung auf einen Civil-Vork ausgesprochen. Er möchte also einen Minister, der nicht Militär ist, welcher, wie Herr v. Blumenthal bei der Adreßdebatte sich äußerte, über die Verfassung hinwegsetzt. Ob ein solcher Minister in Preußen möglich ist, weiß ich nicht; aber das weiß ich, daß in Preußen kein König solche Minister halten würde (Lebhaftes Bravo). Die Geschichte ist von jeher das Erbe in unserm Königshause, und sie ist der Wappenstein unseres Staates. — Ich (der Redner) dämpft seinen Ton) bedauere, daß ich mich ereifert habe, Herr Wagener hat es nicht so böse gemeint, er sprach von der Grundsteuer, und in solchen Finanzfragen hört befänglich die Gemüthlichkeit auf. Er hat seinen Stützpunkt anderswo gesucht — ich will mich aus parlamentarischen Rücksichten nicht näher ausdrücken —, aber auch dieser ist ihm durch den Hrn. Finanzminister hinweggezogen worden —, und wenn er früher nicht ungemüthlich war, so ist er es jetzt. (Heiterkeit). — Was ist denn die Bedeutung des Gesetzes vom vorigen Jahre, durch welches die außerordentliche Bewilligung für die Armee festgestellt wurde? Ich will Sie darüber aus der vorjährigen Rede des Herrn Finanzministers unterrichten; der Herr Minister hat den stenographischen Bericht, wie ich sehe, ebenfalls in der Hand und er kann mich kontrolliren. (Herr v. Patow schlägt den stenographischen Bericht auf und liest nach.) Herr v. Patow bezeichnete in seiner Rede den Zustand als einen provisorischen und erklärte, daß die Regierung nichts unternehmen werde, wodurch sie dem verfassungsmäßigen Recht der Landesvertretung zu nahe treten könnte. „Bravo.“ (Der Redner verliest aus dem stenographischen Bericht die Stelle, wie bei der folgenden Stelle, das in demselben verzeichnete „Bravo“, welches in der Versammlung große Heiterkeit hervorruft.) Die definitive Regelung, sub der Minister fort, werde nur das Resultat einer neuen Verathung sein, die Regierung werde an dieselbe heantreten mit dem vollen Vertrauen, die Zustimmung des Hauses zu finden. „Bravo.“ (Erneute Heiterkeit.) Die intimen Anhänger der Regierung werden also nicht behaupten können, daß die Regierung die definitive Regelung im vorigen Jahre ohne den Landtag auszuführen gedachte. Wie kann man nun sagen, daß wir ungeschicklich sind? Wir haben in das vorjährige Gesetz das Wort „einweilen“ unter Zustimmung der Regierung hineingebracht; wenn also an die Stelle des Zustimmungswortes etwas Dauerndes treten sollte, so war dazu ein Gesetz notwendig. Wenn dies Gesetz uns nicht vorgelegt wird, so kann man uns doch nicht die Vorwürfe der Inloyalität machen, daß wir die verlangten Gelder nicht im Ordinarium bewilligen wollen.

Der Kriegsminister hat uns gestern gesagt, daß die Landwehr nicht angestraft werden solle; aber in den Motiven, die mit den vorjährigen Vorschlägen verbunden waren, war deutlich ausgedrückt, daß die Landwehr den Ansprüchen, die ein Krieg an sie stelle, nicht mehr genüge. Nach den Ansichten der Commission ist nun allerdings nach dem Gesetze von 1814 gestattet, daß vielleicht ein Mann, der seinem Alter nach der Landwehr angehört, für die Linie verwendet werden könne; man darf nur das Gesetz nicht dahin auslegen, daß man etwa berechtigt ist, ganze Abtheilungen der Landwehr für die Linie zu verwenden. Man kann aber auch nicht sagen, daß dies nur auf den Kriegsfall Anwendung finden würde. Bei einer Mobilmachung, die ja immer zum Kriege führen kann, wäre es sehr bedenklich, wenn die Organisation beim Ausbruch des Krieges plötzlich verändert werden sollte. Ich kann nicht den geringsten Unterschied zwischen Krieg und Mobilmachung entdecken. Dann aber ist keine Frage, daß die Angelegenheit gesetzlich geregelt werden muß. Dafür spricht auch die Ansicht der Regierung selbst; denn warum hätte sie sonst im vorigen Jahre ein Gesetz vorgelegt und mit solcher Verehrtheit vertheidigt, wenn es nicht notwendig gewesen wäre? Niemand hat ja auch die Volksthätigkeit und Tüchtigkeit besser vertheidigt, als der Finanzminister selbst in seiner Rede vom 19. März 1857. Hinsichtlich der Landwehr-Offiziere bin ich nicht der Meinung des Abg. Waldeck; diese können, ohne daß ich ihnen zu nahe treten will, durch vierwöchentliche Uebungen die Geschultbeit der Linienoffiziere nicht erreichen. Deshalb hat auch im vorigen Jahre die Commission vorgeschlagen, eine sogenannte prima plana von tüchtigen Offizieren und Unteroffizieren der Landwehr zuzubereiten. — Wenn also die Regierung die Bataillone aus 1000 Mann bringen will, dann ist eine gesetzliche Regelung durchaus notwendig. Aus diesen Gründen will ich, bis diese Regelung definitiv erfolgt, keine bleibende Organisation. Ich meine allerdings nicht, wie der Abg. Ammon, daß ein zu großer Steuerdruck auf dem Lande laste; wenn dies der Fall wäre, dürfte man es auch dem Auslande gegenüber nur sehr leise betonen. Wenn uns aber der Kriegsminister entgegenhält, daß 1820 der Staat bei 11 Millionen Einwohnern eine fast eben so starke Armee erhalten hätte, so möchte ich doch bemerken, daß wir uns das Jahr 1820 in keiner Weise als Censur dienen lassen dürfen. Damals lebten wir nur von Anleihen, unser neues Steuersystem begann; sollte die Organisation uns auf die Steuerverhältnisse von 1820 zurückzuführen, so würde ich es auf das Lebhafteste beklaugen. Der Finanzminister hat sehr rofige Voraussetzungen gemacht und der Abg. v. Tettau hat ihn darin noch übertroffen; am Schluß des Jahres 1867, meinte der Finanzminister, würde das Deficit aufhören. Ja, wenn noch 7 Jahre lang Frieden wäre, dann könnte das richtig sein, aber bei der gespannten Lage Europas kann ich diese rofigen Voraussetzungen nicht theilen. Wir sind also nicht bloß durch gesetzliche, sondern auch durch finanzielle Bedenken zur äußersten Noth verurtheilt.

Der Finanzminister hat uns in der Commission 8 1/2 Mill. als notwendiges Bedürfnis hingestellt, der Kriegsminister aber in v. J. fast 9 1/2 Mill. als das wahrgenommene Bedürfnis. Man sagt, man wolle sich nach der Rede strecken; ich fürchte, sie würde nur allzu bald zu kurz werden. Der Abg. v. Hoover hat allerdings gestern manche notwendige Bemerkungen des Budgets in Aussicht gestellt, worin ich nicht ganz seiner Meinung bin; aber etwas hat er vorgebracht, was schon zu vielen Klagen Veranlassung gegeben hat, und einen großen Druck auf das Land ausübt, nämlich die Einkunftssteuerlast. Gegen die dreijährige Dienstzeit hat sich der Finanzminister in der Rede vom Jahre 1857, wie der Abg. Waldeck ganz richtig angeführt, warm und eindringlich ausgesprochen.

Ich verkenne die Lage Europas durchaus nicht; ich gebe sogar zu, daß uns Gefahren drohen. Nur liege die Hülfe nicht da, wo sie der Abg. Reichensperger zu finden meint. Der Abg. hat mich mit Bezug auf mein italienisches Amendement in der Adreßdebatte gefragt, ob ich heute noch die Ansicht von damals theile. Ja, doppelt; prinzipiell war ja auch der Minister des Auswärtigen, den ich jetzt leider auf diesem Wege nicht sehe, wobei er doch gerade in dieser höchwichtigen Frage gehörte, meine Ansicht getheilt. Jetzt fühle ich mich auch nicht mehr durch die Rücksicht auf die konfessionellen Sympathien der Herren (auf die katholische Fraktion deutend) beengt, seit eine hochachtbare Autorität ihres Glaubens, der Prof. Dollinger in München, das geistliche Ansehen des Papstes von der Verminderung seiner weltlichen Macht unabhängig erklärt hat. Ich habe es bedauert, daß der Minister in dem Augenblicke, wo England für Italien sich erklärt hat, sich für ein Bündniß mit Oesterreich aussprach. Allerdings hat er dabei zwei Be-

dingungen gemacht, deren Erfüllung noch sehr dahin steht. Dazu gehörte vor Allem die Erstarkung Oesterreichs. Diese ist aber nur möglich, wenn das Concordat aufgehoben wird. Außerdem sieht wohl Jeder ein, daß von einer Erstarkung Oesterreichs bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Ungarn und Venetien gar nicht die Rede sein kann. Wir wollen aber aus diesen Gründen auch die Mittel bewilligen, um allen Gefahren getroffen entgegenzugehen zu können, aber nicht im Ordinarium, sondern im Extraordinarium. — Es ist dies allerdings ein anomaler Zustand, aber wir tragen nicht die Schuld daran, daß die Regierung sich gegenwärtig nicht in der Lage befindet, eine definitive Regelung der Sache zu bewirken. — Der Abg. von Blumenthal hat erklärt, er mit seinen Freunden werde gegen die Bewilligung im Extraordinarium stimmen, wenn man nicht im Ordinarium bewillige. Das ist doch nichts anderes als Pessimismus, wenn man gar nichts bewilligen will, weil man es nicht in einer bestimmten Form bewilligt erhalten kann. Derselbe Abg. hat uns ferner Halbheit vorgeworfen; uns sitzen die vier Millionen nicht so locker; bewilligen heißt keine Halbheit (Heiterkeit). Wenn man ferner unser Votum als ein Aushängeschild für die Wahlen betrachtet, so muß ich das meinerseits wenigstens ablehnen, da ich mich nie zu einer Wahl gedrängt, nie sie gewünscht habe und mich — wenn ich lediglich auf meine persönliche Bequemlichkeit sehe — freuen würde, wenn ich nicht wieder gewählt würde. Wie kann man es ferner als eine verbüllte Ablehnung betrachten, wenn wir 7 Mill. bewilligen, und zwar ungeachtet des uns noch problematisch erscheinenden Zweites? Der Redner geht auf die von der Commission beantragten Herabsetzungen ein und erklärt, daß er die Herabsetzung des Etats der Infanterie für die Wintermonate nicht für gerechtfertigt halte, da das Gesetz von 1814 die dreijährige Dienstzeit festsetze, und man nur der Liberalität Friedrich Wilhelm III. es verdanke, daß während 20 Jahren die Dienstzeit auf 2 Jahr herabgesetzt war, man aber die Regierung auf diesem Wege nicht zwingen könne, die Herabsetzung fortzusetzen. Wir wollen der Regierung sonach als Pauschquantum eine Million bewilligen in der Form eines Unter-Amendements zum Kaiserlichen Antrage. (Schluß folgt.)

Berlin, 28. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den kais. russischen Wirklichen Staatsräthen Baron v. Zomini und v. Hamburger resp. den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern und den rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem Regierungsrath Jungen zu Trier und dem Bürger Johannes Nies zu Lippstadt im Regierungsbezirk Arnberg den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem pensionirten Kreisboten Galny ebendaselbst und dem Obersteiger Karl Stephanik auf der Königs-Grube im Kreise Beuthen in Oberschlesien das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Landrathe Grafen Max Bertram von Nesselrode-Gröbenhoven auf Gröbenhove, Kreis des Biberbühl, die Kammerherrenwürde zu verleihen; den Dechanten und Oberpfarrer Pauls zu Cupen dem Prospekt bei dem Collegiatstifte in Aachen zu ernennen; und dem praktischen Arzt ic. Dr. Stohmann zu Güterloh den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen. (St. A.)

Potsdam, 28. Mai. [Ein mysteriöses Duell.] Gestern Nachmittag erklärte sich hier alle Welt von einem Duell, das auf den hiesigen Schießplätzen stattgefunden haben soll. Als die Duellanten wurden in einem Atmen genannt unser Stadt-Commandant Generalmajor Hiller v. Gärtringen und der Abgeordnete, Appellationsgerichts-rath Aug. Reichensperger, ferner der Chef des Militär-Kabinetts, General-Adjutant v. Manteuffel und der Verfasser der Broschüre: „Was uns noch retten kann!“ — Daß sich die beiden Erstgenannten nicht geschossen haben, glaube ich versichern zu können, wenigstens sah ich den Abgeordneten noch Abends im besten Wohlsein, und von einem Duell war ihm nichts bekannt. Dagegen dürfte allerdings das Duell zwischen Herrn von Manteuffel und dem Verfasser der genannten Broschüre Thatsache sein, da auch in unserm Offiziercorps diese Namen kursiren. Der Ausgang des Zweikampfes soll blutig gewesen sein und der Verfasser der Broschüre, welche voraussichtlich das Duell herbeigeführt hat, einen Schuß durch den Arm erhalten haben. — Unter den Personen, welche gestern Nachmittag 5 Uhr mit dem Bahnhof nach Berlin fuhren, befand sich ein Fahrgast mit verbundenem Arm. — Die „Kreuzzeitung“ bringt darüber folgende Notiz: Dem Vernehmen nach hat gestern Nachmittag am Stern bei Potsdam ein Pistolenduell zwischen einem höhern Offizier und einem Civilisten stattgefunden, bei welchem der Letztere im rechten Oberarm verwundet wurde. Das Gerücht, daß ein Abgeordneter dabei betheilt sei, wird als ungegründet bezeichnet.

Breslau, Angelommen: Se. Exc. Erb-Ob.-Landhofmstr. u. Erb-Hofrichter von Schlesien, freier Standesherr Graf v. Schaffgotsch aus Warmbrunn. Ihre Excell. Frau Gräfin v. Schaffgotsch mit Bedienung dgl. Comtesse v. Schaffgotsch dgl. (Pol.-Bl.)

W. Landeshut, 28. Mai. So eben geht uns die traurige Nachricht zu, daß in der uns zunächst liegenden böhmischen Stadt Trautenau gestern Nachmittag Feuer entstand, und zweidrittel der Stadt nebst Kirche, Schule und anderen öffentlichen Gebäude in Asche liegen. Nähere und bestimmte Nachrichten behalten wir uns vor. — In Dittersbach, diesseitigen Kreises, brannte gestern Morgen das Brettschneide-Etablissement des Besitzers Herrn Sander total ab.

Δ Trautenau, 28. Mai, 5 Uhr Früh. [Brand.] Unsere Stadt ist heute eine Brandstätte. Während wir diese Zeilen schreiben, wird die Wuth der Flammen noch in dem k. k. Bezirksamte, in den Häusern der Kaufleute Richter, Kopper, Schwejar und Dittrich, sowie in dem Tabakmagazin der Frau Horn bekämpft. — Gestern Abends 5 1/2 Uhr brach das Feuer in dem Stalle des großen Zalesky'schen Eckhauses nächst der Kirche, unzweifelhaft durch Unvorsichtigkeit, aus. Anfangs wollte Niemand an eine allgemeine Verpekerung der Stadt glauben. Man rettete Mobilien aus den der Feuergefahr nächsten Häuser in die Obergasse (die Häuserreihe, wo Horn's Haus und der Gasthof „zum weißen Roß“ stehen); allein in einer halben Stunde war die innere Stadt mit Ausnahme einiger Häuser in der Thor-gasse ein Flammenmeer. Von öffentlichen Gebäuden brannten ab: der Thurm und der Dachstuhl der Kirche; das k. k. Bezirksamt, (gerettet wurde das Steueramt in demselben Gebäude, das Rathhaus enthielt auch die Zollstätte) die Dechanten- und das Fabrik-Stadt-Hospital, im zweiten Stockwerke die Gasthäuser „zum weißen Roß“, „zum Löwen“, (Richter's) „zum blauen Stern“, dann 136 Privatwäuser. Gerettet wurde die Schule und in der inneren Stadt an 18 Häuser. Gänzlich verschont blieben die Mittlere-Vorstadt (kleine Häuser), Niedervorstadt und der größere Theil der Obervorstadt; in den abgebrannten Gebäuden die meisten ebenerdig genöthigten Lokalitäten und mehrere erste Stockwerke. Der Gesamtschaden läßt sich annäherungsweise, jedoch keineswegs zu hoch beziffert, auf 1 1/2 Millionen Gulden veranschlagen. — Viele haben mit einem heroischen Muth und ausgezeichneter Ausdauer gegen die verheerende Macht des schrecklichen Elements gekämpft, und wir werden in einem nächsten Schreiben diese Männer namhaft machen. Am härtesten wurden durch das Unglück getroffen die schon genannten Kaufleute, die genannten Gastwirthe, mehrere Beamte, die Stadtgemeinde als Patron und sehr viele Gensdarmen. Feuerlöschspritzen kamen Abends selbst von bedeutenden Fernen an den Unglücksort, allein es mangelte den meisten an Bedienung, an Bepannung und an hinreichender Wassermenge. Das Feuerlöschwesen unserer Stadt und mancher anderer Orte lieg so manches zu wünschen übrig. Man kann noch nicht mit Bestimmtheit angeben, ob auch Menschen in den Flammen ungetroffen sind, von Brandwunden bedeutend Verletzte sind schon bekannt.

Berliner Börse vom 28. Mai 1861.

Table with columns: Fonds- und Geldcourse, Div. Z., 1860 F., and various financial instruments like Staats-Anleihe, Präm.-Anl. von 1855, Berliner Stadt-Obl., Kur-u. Neumark., Pommersche, Posensche, Kur-u. Neumark., Pommersche, Posensche, Preussische, West-u. Rhein., Sächsische, Schlesische, Loidador, Goldkronen.

Table with columns: Ausländische Fonds, Div. Z., 1860 F., and various international funds like Oosterr. Metall, dito 54er Pr.-Anl., dito neu 100-l.-L., etc.

Table with columns: Actien-Course, Div. Z., 1860 F., and various stocks like Aach.-Düsseld., Aach.-Mastricht., Amst.-Rotterdam, Berg.-Märkische, Berlin-Anhalt., Berlin-Hamburg., Berl.-Potsd.-Mgd., Berlin-Stettin., Breslau-Freiburg., Köln-Mindener., etc.

Berlin, 28. Mai. Die Liquidation entschied heute vorwiegend über die Haltung der Börse, alle anderen Einflüsse waren erst in zweiter Reihe wirksam. Vor Allem war der vorhandene Ständenüberfluß für eine große Anzahl der in die Engagements des zu Ende gebenden Monats verlockten Eisenbahn-Aktien maßgebend. Das Angebot trat deshalb in beinahe allen diesen Aktien schon von Anfang an hervor, während die meisten der von der Spekulation im ablaufenden Monat mehr vernachlässigten Effekten sich erst erhellten, zum Theil selbst höhere Course bedangen. Oesterreichische Effekten waren anfangs, und namentlich schon vor Beginn der Börse, sehr hoch, da aus Wien sehr günstige Course von gestern Abend und heut Früh vorlagen. Später gingen die Course sehr erheblich zurück, und der Schluß war für alle Speculationspapiere entschieden flau ohne bekannt gewordenen Grund. Der Geldmangel macht sich übrigens in der Liquidation gleichfalls fühlbar; Deport ist sehr schwach; für Diskonten war unter 2 1/2 % nicht anzukommen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 28. Mai, Nachmitt. 3 Uhr. Consols von Mittags 12 Uhr waren 91 1/2 gemeldet. Die 3proz. eröffnete zu 69, 35 und schloß matt zur Notiz. — Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 15. 4 1/2proz. Rente 96, 15. 3proz. Spanier 49 1/2. 1proz. Spanier 43 1/2. Silber-Anleihe — Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 505. Credit-mobilier-Aktien 700. Lomb Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Credit-Aktien —. London, 28. Mai, Nachm. 3 Uhr. Silber 60 1/2. Bedecker Himmel. — Consols 91 1/2. 1proz. Spanier 48. Mexikaner 22 1/2. Sardinier 81 1/2. 3proz. Russen 102. 4 1/2proz. Russen 91. Hamburg 3 Monat 13 1/2. 9 1/2 Sch., Wien 14 Fl. 20 Kr. Der fällige Dampfer aus Westindien ist angekommen. Wien, 28. Mai, Mittags 12 Uhr 30 Min. Günstige Stimmung. 3proz. Metall 69. — 4 1/2proz. Metall 59, 25. Bank-Aktien 734. Nordbahn 194, 50. 1854er Loose 90, 25. National-Anleihen 80. — Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 281, 50. Creditaktien 180. — London 138. — Hamburg 103, 50. Paris 54, 60. Gold —. Silber —. Elisabethbahn 175. — Lomb. Eisenbahn —. Neue Loose 116, 50. 1860er Loose 85, 50. Frankfurt a. M., 28. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schwanfende Haltung. — Schluß-Course: Ludwigsbafen-Verband 184 1/2. Wiener Wechsel 84 1/2. Darmst. Bankaktien 183. Ramländer Jettelbank 234 1/2. 3proz. Metall 48 1/2. 4 1/2proz. Metall 42 1/2. 1854er Loose 63 1/2. Oesterr. Nat.-Anleihe 56 1/2. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 236. Oesterr. Bank-Anleihe 663. Oesterr. Credit-Aktien 151. Neueste Oesterr. Anleihe 62 1/2. Oesterr. Elisabethbahn 120 1/2. Rhein-Nabe-Bahn 21 1/2. Mainz-Ludwigsbafen Litt. A. 106 1/2. Hamburg, 28. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Ziemlich lebhafter Umsätze in Oesterr. Effekten. Schluß-Course: National-Anleihe 58. Oesterr. Credit-Aktien 64 1/2. Vereinsbank 100 1/2. Norddeutsche Bank 87 1/2. Disconto 2 1/2 — 3 %. Wien 106. — Hamburg, 28. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest bei einigem Geschäft; ab auswärtig mehr beädet, jedoch höher gehalten. Roggen loco stille, ab Königsberg zu letzten Preisen angeboten. Bei pr. Mai 24 1/2, pr. October 25 1/2. Hafer rubig. Liverpool, 28. Mai. [Baumwolle.] 8000 Ballen Umsatz. — Preise fest.

Breslau, 29. Mai. Wind: Ost. Wetter: sehr warm. Thermometer Früh 20° Wärme. Barometer 27 1/2". Die Angebote aller Getreidegattungen genügen reichlich der Nachfrage und weisheit der heutige Markt bei matter Stimmung. Weizen in beschränkter Kaufkraft pr. 84 Pfd. weißer 78—93 Sgr., gelber 75—91 Sgr. — Roggen zu letzten Preisen fand nur in besserer Qualität Beachtung, pr. 84 Pfd. 60—62 Sgr., feinsten 63—64 Sgr. — Gerste schwarz gefragt, pr. 70 Pfd. weißer 52—56 Sgr., gelber 44—50 Sgr. — Hafer fest, pr. 50 Pfd. schlechter 33—36 Sgr., galischer 30—33 Sgr. — Erbsen blieben unbeachtet. — Weiden ohne Geschäft. — Mais fehlt. — Delsaaten ohne Offerten. — Schlaglein schwach gefragt. Sgr.pr.Schff. Sgr.pr.Schff. Weißer Weizen... 70-85-92 Weiden... 40-45-48 Gelber Weizen... 70-83-90 Mais... 56-60-62 Roggen... 58-61-64 Schlagleinsaat... 70-80-90 Gerste... 44-50-54 Wintererbsen... Hafer... 30-33-36 Wintererbsen... Erbsen... 50-55-63 Sommererbsen... Kleesaaten schwaches Geschäft, rothe 10-15 1/2 Sgr., weiße 9-18 Sgr. Kartoffeln pr. Sad à 150 Pfd. 28-36 Sgr., pr. Meße 1 1/2-2 1/2 Sgr. Vor der Börse. Rohes Rüböl unverändert, pr. Gr. loco, Mai-Juni und Juni-Juli 11 1/2 Tblr. Br., pr. Herbst 11 1/2 Tblr. Br. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 19 Tblr., nahe Termine 18 1/2 Tblr., Juli-Aug. 18 1/2. Posen, 28. Mai. Wetter: trübe. Roggen: matt. Gef. 25 Mispel. Loco per d. Monat Mai-Juni 42 1/2 Br., Juni-Juli 42 1/2 bez. u. Br., Juli-Aug. 43 1/2 bez. u. Br., Aug.-Sept. 43 1/2 Br. Spiritus: etwas besser bezahlt. Gef. 6000 Quart. per d. Monat 18 1/2 bez. u. Br., Juni 18 1/2-1/2-1/2 bez. u. Br., Juli 18 1/2 bez. u. Gld., August 19 bez. u. Gld., 1/2 Br., Sept. 19 1/2 Gld., 1/2 Br. Hartwig Kantorowicz. Verantwortlicher Redakteur: N. Büchner in Breslau. Druck von Graf, Barth u. Comp. (B. Friedrich) in Breslau.